

der Pension ist auf 4 1/2 Mark festgesetzt. Wenn der Zustand der Gasse es erlaubt und die Invalidität nach bereits 10jähriger Mitgliedschaft eingetreten ist, bekommt das Mitglied 6 Mark, nach 20jähriger Mitgliedschaft 9 Mark. Bei doppeltem Beitrag (20 Pfennige) wird das Doppelte, bei halbem Beitrag (5 Pfennige) wird die Hälfte des Invalidengeldes der betreffenden Beitragszeit bezahlt. Bei Verunglückung durch äußere oder unvorhergesehene Zufälle wird ohne Wartezeit (ausgenommen, so lange die Krankencasse festsetzt) die Pension von 4 1/2 Mark, resp. bei bisherigen wöchentlichen Beiträgen von 20 Pfennigen 9 Mark, von 5 Pfennigen 2 1/2 Mark wöchentlich gezahlt, wenn das Mitglied nicht durch längere Beitragszeit eine höhere Berechtigung erlangt hat.

Die Leistungen der Verbands-Invaliden-casse anlangend, sei folgendes bemerkt: Die Verbandsinvalidencasse hat seit ihrem Bestehen (1. Juli 1869) bis Ende 1877 nicht weniger als 41,067 Mark an noch jetzt unterstützung empfangende Invaliden und 12,356 Mark an mittlerweile verstorbenen oder wieder arbeitsfähig gewordene Invaliden, insgesamt also 53,423 Mark an Pensionen gezahlt, wovon noch etwa 3000 Mark an Curkosten kommen. Einzelne Invaliden, die schon nach kurzer Mitgliedschaft ihre Arbeitsfähigkeit einbüßten und als pensionsberechtigter anerkannt wurden, haben bereits ganz außerordentliche Summen aus der Gasse herausgezogen; so haben zwei jetzt in den 50er Jahren stehende Invaliden bisher 1746 resp. 1602 Mark Pension erhalten; da sie trotz ihrer Verunglückung sich im Uebrigen einer guten Gesundheit erfreuen, können sie bei ihrem Alter noch viele Tausend Mark aus der Gasse beziehen. Ein Gleiches läßt sich von vielen der übrigen Invaliden sagen, von denen weitere 8 bis Ende 1877 ebenfalls bereits über 1000 Mark an Pension erhalten haben. Die Invalidencasse des Gewervereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter hat seit ihrem Bestehen (1. September 1869) bis Anfang August 1878 an Pensionen 27,117 Mk. und an Curkosten 1400 Mk. gezahlt. Darnach haben also beide Invalidencassen in der angegebenen Zeit 70,117 Mark an Pensionen und 4400 Mark an Curkosten verausgabt. Beide Cassen unterstützen zur Zeit 215 Mitglieder mit zusammen 948 Mark wöchentlich oder 49,322 Mark jährlich.

### Politische Uebersicht.

Beipzig, 15. April.

Die protestantische Christenheit, vor Allem der deutsche Theil derselben, darf sich auf einen Erinnerungstag rufen, der wohl verdient, als ein hohes Fest der Kirche gefeiert zu werden; wir meinen das den dritten Teil eines tausendjährigen Bestehens besiegelnde hochbedeutungsvolle Jubiläum, welches im Laufe dieses Monats der Protestantismus begeht. Am 19. April werden es 350 Jahre, daß auf dem Reichstage zu Speier die evangelischen Fürsten und Städte Deutschlands feierlich gegen den Reichsabschied protestirten, welcher die innere Weiterentwicklung wie die äußere Verbreitung der neuen Lehre unmöglich machte und allem Aufsteigen nach nur der Verbote noch schärferer Maßregeln sein sollte. Die Unterzeichner dieser Protestation waren der Kurfürst Johann von Sachsen, Landgraf Philipp von Hessen, Markgraf Georg von Brandenburg-Bayreuth, Herzog Ernst von Braunschweig-Wolfenbüttel, Herzog Wolfgang von Anhalt und die Reichsstädte Straßburg, Altrnberg, Ulm, Konstanz, Lindau, Memmingen, Reuppen, Nordlingen, Heilbronn, Reutlingen, Jßig, St. Gallen, Weisnburg und Windsheim. Von diesem Schritte wurden bald alle Anhänger der deutschen Reformation, „Protestanten“ genannt. In einer Zeit, in welcher im eigenen Schooße der Kirche es nicht an Versuchungen fehlte, eine „unselbständige“ Norm für Glaube und Lehre aufzustellen, mag die freiere Richtung um so mehr für die Berechtigung jenes Namens in die Schranken treten und sich des mannhaften Protestes der Vorfahren gegen Geisteszwang und Geistesnechtlichkeit erinnern. Das Gedächtniß des 19. April soll in Württemberg und Hessen und ebenso in den protestantischen Kirchen Bayerns kirchlich gefeiert werden; auch das protestantische Baden wird wohl nicht zurückbleiben. Das hochwichtige Ereigniß des 19. April wird aber noch ein anderes bleibendes Gedächtniß erhalten, das für alle Protestanten des Erdkreises ein Denkmal schwer errungener Glaubensfreiheit werden soll. Auf der Stätte des Reiches in Speier, des alten Kaiserpalastes, in der so viele Reichstage gehalten worden, soll an Stelle der gegenwärtigen, an sich ihrer Bestimmung nicht mehr genügenden protestantischen Kirche, die höchst einfach und nothdürftig nach der barbarischen Zerstörung der Stadt durch die Franzosen im Jahre 1689 aus den Trümmern erbaute wurde, ein Neubau mit monumentalem Charakter entstehen. In Speier hat sich zu diesem Zwecke bereits ein Comité gebildet, das auch die kaiserliche Sperre dankbar entgegennimmt. Würde so an der Geburtsstätte der Reformation ein ihrer würdiges Denkmal sich erheben!

Trotz all der hoffnungsvollen Nachrichten, welche eine glückliche Lösung der im Süden der Türkei der Ausführung des Berliner Vertrages entgegenstehenden Schwierigkeiten signalisiren, wird Gebuld vonnöthen sein, bis das erstrebte Ziel erreicht ist. Die Besprechungen zwischen den Mächten über die Mittel, die öffentliche Ruhe in Ostrumelien nach der Räumung durch die Russen aufrecht zu erhalten, werden noch immer fortgesetzt; eine Entscheidung in dem einen oder andern Sinne steht noch immer aus. Definitives dürfte aber dennoch demnächst verstanden. Rovidazar betreffend schreibt die „Times“ aus London vom 11. d. M.: „Ein neuer wichtiger Schritt zur Ausführung des Berliner Vertrags steht unmittelbar bevor,

wenn er nicht schon geschehen ist. Die seit so langer Zeit schwebenden Unterhandlungen zwischen Oesterreich und der Pforte bezüglich der Befestigung Bosnien und der Herzegowina haben endlich zum Ziele geführt. Der Streitfall bezüglich der Einschlebung von Garnisonen im Sandtschak Novi-Bazar ist beendet und die türkische Regierung bereit, durch eine formelle Convention die bisher in Konstantinopel bestrittene, nunmehr aber anerkannte Thatsache der österreichischen Besizergreifung der occupirten Provinzen anzuerkennen. Es läßt sich nicht läugnen, daß die bisherige Haltung der Pforte in dieser Angelegenheit abweisend und belästigend gewesen ist, ganz abgesehen davon, daß sie einen der wichtigsten Theile des Berliner Vertrags in Frage stellte. ... Endlich sind die Schwierigkeiten entfernt, die Rechte Oesterreichs anerkannt und werden mit Mäßigkeit zur Durchführung kommen. Oesterreich hat in der That guten Grund, sich zu diesem glücklichen Ausgang Glück zu wünschen, wenn es auf die Geschehnisse der letzten Monate zurückblickt. Seine politischen Aussichten waren einige Wochen nach der Unterzeichnung des Vertrags sehr düster. Selbst die unerwartet schnelle Unterwerfung der aufständischen Bewegung verhinderte die Türkei nicht, ihren Willmuth zur Schau zu tragen und eine fortwährende politische Unterwürflichkeit in Aussicht zu stellen. Fürchten doch die Türken, so gut wie die Griechen und Slaven, daß Oesterreichs schließliche Ziele nach Salonich reichen, um im Aegeischen Meer eine große Handels- und Marine-Station — wie Triest es ist — zu gründen. Diese Furcht ist jetzt, wenn nicht überwunden, doch wenigstens juristischer Natur, und die möglich, aber fest geltend gemachten Ansprüche Oesterreichs sind seitens der Pforte anerkannt worden.“

Rumänien ist aus dem türkischen Kriege mit einem kolossalen Deficit hervorgegangen; das finanziell ohnehin schon zerrüttete Ländchen wird bei seiner geringen Steuerkraft vielleicht ein halbes Jahrhundert bedürfen, um einen gesunden Zustand in seiner Wirtschaft herbeizuführen. Nach vorliegenden Daten hat der jüngste rumänisch-russisch-türkische Krieg dem Lande 57,466,937 Francs gekostet, wovon 48,285,700 Francs aus die eigentlichen militärischen Ausgaben, als: Mobilisirung, Kriegsmaterial, Transporte u. s. w., 9,181,237 Francs aber auf die durch diesen Krieg verursachten effectiven Kosten entfielen. Wie jedoch officiell versichert wird, „ist diese ganze Summe durch die erhöhten Staatseinnahmen, namentlich jene der Eisenbahnen, derart vollaus bedeckt, daß der Staatsschatz die Ausgaben nicht zu bedauern habe, die für diesen Krieg gemacht worden sind.“ So wird nämlich officiell versichert; in Wirklichkeit liegt die Sache aber ganz anders, da diese Deckung nur künstlich durch Zahlengrappirung hervorgerufen ist. Was das Budget betrifft, so ist es unstrittig die Staatsschuld, deren Verzinzung die enorme Summe von 45,813,000 Francs absorhirt. Nach dieser Angabe kommt der Etat des Kriegsministeriums, dessen Budget nahezu an 23 Millionen beansprucht, wovon jedoch bloß 18 Millionen zur Deckung der ordentlichen Ausgaben dienen, der Rest von nahezu 5 Millionen aber für außerordentliche, künftig nicht mehr wiederkehrende Ausgaben, hauptsächlich für die Bezahlung der zu Witten in Deutschland bereits bestellten, bis Ende December d. J. abzuliefernden 30,000 Stück Gewehre und 8000 Stück Carabiner, sowie zur Ergänzung der durch den Krieg verbrauchten Munition- und Equipirungs-Vorräthe bestimmt ist.

Der im höchsten Grade ein evangelisches Gemüth verfolgende Ausschall Leo's XIII. gegen den Protestantismus wird in Rom ziemlich harmlos ausgefaßt. So wird von dort geschrieben: „Ein Brief des Papstes an den Cardinal-Bicar Ronaco da Balletta gegen die Aemterhebung und gegen die protestantischen Volksschulen in Rom wird im Auslande wahrscheinlich mehr Aufsehen machen als hier in Rom, wo man das vaticianische System, die Laienschulen als Verbe des Atheismus und der Immoralität zu denunciren und die Organisation der Gründung protestantischer Schulen in Rom der italienischen Regierung als ein unbedeutendes Verbrechen anzurechnen, von jeder Kenntniss daher nicht beachtet. Leo's XIII. Idyllytische gegen den Protestantismus ist fast seiner Encyclika bekannt und hat daher nicht einmal mehr den Reiz der Neuheit.“

Die Ankunft des „Alten von Caprera“ in Rom beschäftigt noch immer alle Kreise Italiens, obwohl der greise Revolutionair in politischer Beziehung eine höchst löbliche Rolle vor den Augen „Europas“ spielt. Jetzt will ein Correspondent den tiefsten und verborgenen Zweck von Garibaldi's Reise nach Rom angeben, wie er in Kreisen besprochen wird, die sich rühmen und sich manchmal „wirklich“ rühmen können, bei hochpolitischen Intriguen „Mitwisser“ zu sein. Es heißt da, Oesterreich werde demnächst durch die Entsendung der orientalischen Heertheile in eine Lage kommen, die ihm die Vertheidigung seiner Südgrenze erschwert, und Garibaldi sei in Rom, um vorerst eine Ansammlung getreuer Italiensinniger und dann eine Expedition zu organisiren, welche, Scheinbar nach dem Orient, in Wirklichkeit nach dem Trentino gerichtet sein und die Erwerbung dieses Gebietes für Italien zum Zwecke haben würde. Bezeichnend für den Charakter der Italiener ist, daß derartige Gerüchte geglaubt werden, obwohl sie der verdienten Achtung anheimfallen sollten. Die österreichische Diplomatie schaut den Dingen mit verschränktem Arme zu. Es wird hochofficiell auch Rom nach Wien gemeldet:

„Es darf konstatirt werden, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien nie „besser“ und „heiliger“ als im gegenwärtigen Momente waren. Das Ministerium Depretis hat Beweise der Loyalität seiner Politik und seines eifrigen Wunsches gegeben, die freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn zu cultiviren. Sein energisches Auftreten den revolutionairen Ausschreitungen gegenüber, seine an den Tag gelegte Entschlossenheit, den radical revolutionairen Vereinen mit Strenge entgegenzutreten, haben ihm die Sympathien und die Unterthänigkeit der öffentlichen Meinung

jugewendet (?). Die eben beendete Interpellations-Debatte über die von der Regierung gemachten Demonstrationen gegenüber beschädete Haltung haben Dies in glänzender Weise bewiesen. Die bei dieser Gelegenheit in der Kammer gehaltenen Rede und die offenen, entschiedenen und laudalen Erklärungen des Minister-Präsidenten Depretis haben in diplomatischen und parlamentarischen Kreisen einen äußerst günstigen Eindruck gemacht. Auch von der Haltung der Kammer und der Entschlossenheit, mit welcher sie für die Regierung und ihre den revolutionairen Bedrohungen gegenüber bewiesene Energie eintrat, kann nur mit der größten Befriedigung Act genommen werden.“

Unter solchen Umständen kann die unvermuthete Ankunft Garibaldi's in Rom, auch wenn derselben wirklich eine agitatorische Thätigkeit zu Grunde liegen sollte, nicht im mindesten allarmiren, da die offenen und energischen Erklärungen der Regierung jeden Zweifel aufschließen, daß dieselbe eventuell allen Agitationen und sonstigen Versuchen, die Italien dem In- und Auslande gegenüber compromittiren könnten, mit Energie und Entschlossenheit entgegenzutreten und keine anderen Rücksichten, als jene für die öffentliche Ordnung, für die Wahrung der Interessen Italiens nach außen und innen walten lassen wird.

Uebrigens befindet sich Garibaldi in einem Zustand, der den Gedanken an irgend welche Action absolut ausschließt. Er war so schwach, daß er nicht in stehender, sondern in vollkommen liegender Stellung transportirt werden mußte. Die Spuren schwerer körperlicher Leiden sind auf seinem Gesichtszüge deutlich ausgeprägt, sein Auge blickt matt und theilnahmslos, seine Gestalt ist gebrochen. Der Empfang seitens der hiesigen Bevölkerung war zwar ein respectvoller, von den früheren Uebersehenslichkeiten und Ovationen war aber Nichts mehr zu merken, kurz, Garibaldi scheint in jeder Richtung aufgehört zu haben, gefährlich zu sein.

Der keine, vor Kurzem hervorgetretene englisch-französische Conflict ist, wie es scheint, ausgeglichen. Glücklicherweise ist nicht zu fürchten, daß die französische Occupation der einzigen, unstrahlbaren, nur drei englische Meilen im Umkreise umfassenden Insel Ratacong an der Westküste Afrikas das bestehende Einvernehmen zwischen England und Frankreich ernsthaft stören werde. Die Insel gehört weder der einen noch der anderen Macht, sondern dem Häuptlinge der benachbarten Beri Eri, von welchem sie für Handelszwecke von einer englischen Firma gepachtet wurde. Diese verkaufte dann ihre Rechte an Nathaniel Isaacs, einen jüdischen Abenteuerer englischer Geburt, welcher an den genannten Häuptling einen Grundzins von 5 Pfd. pro Jahr zahlte. Seine Nachkommen leben noch in England und haben ihre Eigenthumsrechte an zwei englische Kaufleute verpachtet, welche da einen guten Handel treiben. Ihr Pachtcontract läuft in zwei Jahren ab. Als Handelsplatz ist die Insel von Wichtigkeit, für größere Kriegsschiffe dagegen unanfahrbar. Der Streit zwischen England und Frankreich um ein Territorium, an welchem beide keine Eigenthumsrechte besitzen, wird ohne Zweifel bald gütlich ausgeglichen sein.

Die französische Botschaft beim Dairinal zu Rom läßt nicht nur das mitgetheilte Gerücht über mißliebige Aeußerungen des Obersten Deppe Lügen strafen, sondern sie verfolgt auch die „Gazzetta Italiana“ und andere Blätter, welche dasselbe ausgegeben haben. Eine unlose Kirchenschändung wird aus Spanien berichtet. Wie der „Imparcial“ aus Sevilla meldet, wurden in die Kirche San Antonio daselbst zwei große Sprenggeschosse geworfen, die mehrere Personen ver wundeten. Der Jvord des Altarates war, die Kirchen-Kleinodien, die von großem Werthe sind, zu entwenden. — Der Kronprinz Rudolf von Oesterreich wird am 1. Mai in Barcelona antommen und sich zum Könige nach Madrid begeben. Im Verlaufe der Krankheit der Königin von Portugal hat sich, wie aus Lissabon gemeldet wird, eine Affection beider Lungenlflügel ergeben. Die allerdings auffällige Energie der Pforte Ismail Pascha gegenüber erweist sich als eitel Dunst und Schein. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Konstantinopel vom 13. d. gemeldet wird, entbehrt die Nachricht der „Times“, nach welcher der Sultan sich in einer Depesche an den Marquis v. Salisbury bereit erklärt haben sollte, den Rhedive abzusetzen und ihn durch Halim Pascha zu ersetzen, jeder Begründung. „Der Sultan hätte, wie hinzugefügt wird, noch keine Entscheidung getroffen.“ Das heißt wohl so viel als: Es bleibt Alles beim Alten!

Die allerdings auffällige Energie der Pforte Ismail Pascha gegenüber erweist sich als eitel Dunst und Schein. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Konstantinopel vom 13. d. gemeldet wird, entbehrt die Nachricht der „Times“, nach welcher der Sultan sich in einer Depesche an den Marquis v. Salisbury bereit erklärt haben sollte, den Rhedive abzusetzen und ihn durch Halim Pascha zu ersetzen, jeder Begründung. „Der Sultan hätte, wie hinzugefügt wird, noch keine Entscheidung getroffen.“ Das heißt wohl so viel als: Es bleibt Alles beim Alten!

Parteien und Wirtschaftreform. Berlin, 14. April. Die Schwierigkeiten, welche im Reichstage der Annahme der sogenannten reinen Finanzgölle entgegenstehen, scheint man innerhalb der Regierung theilweise unterschätzen zu wollen. Bisher wurde sehr angenommen, daß innerhalb der liberalen Parteien sich für diese Gölle eine genügende Zahl von Abgeordneten vorfindet, um im Verein mit den conservativen Parteien eine Mehrheit zu bilden. Dem ist nicht so. Bereits werden von hier wohnenden liberalen Abgeordneten Anträge betreffs der Rölle aus Tabak, Petroleum, Kaffee, Wein, Bier u. in Aussicht genommen, die theils eine Herabminderung, theils die gänzliche Abhebung zum Zwecke haben. Diese Absichten liberaler Abgeordneter sind um so ernster zu nehmen, als man sich kein Hehl daraus macht, daß die Vereinigung der Conservativen und Ultramontanen zu einer Annahme der Industriezölle führen wird, welche die consumirenden Klassen der Bevölkerung schon weit über das Maß ihrer Steuerfähigkeit beladen würde. Unrichtig ist es jedenfalls, wenn von schuppänerischer Seite behauptet wird, daß die Freihändler überhaupt eine Taktik des Regiments befolgen wollen und, mit der Opposition gegen die Getreide- und Viehzölle als die unpopulärsten aller Zollmaßregeln beginnend, der ganzen übrigen Finanz- und Zollreform des Reichsansehers den Krieg erklären möchten. Von schuppänerischer Seite ist

man sogar der Ansicht, daß die Freihändler eigentl. nur ein parlamentarisches Verschleppungsmandat im Auge haben, d. h. gewisse Quantitäten abwarten und, auf einen Umschwung der Dinge in höheren Regionen rechnend, vor Allem die Beschlußfassung über die Vorlagen bis zum nächsten Jahr hinauszuführen sehen möchten. Obwohl zweifellos ist, daß die Freihändler keine Ueberführung in der Berathung und Beschlußfassung über so wichtige und tief in das Leben der Nation einschneidende Beschlüsse eintreten lassen werden, so sind doch die Dinge schon zu weit gediehen, um noch in der ersten Stunde einen Stillstand eintreten lassen zu können. Aber die Kraft des Widerstandes wird sich ebenlo auf die Ablehnung eines guten Theils der Schutzgölle, wie auf eine Herabminderung der Finanzgölle concentriren. In Bezug auf die letzteren werden Tabak und Petroleum ein viel umstrittenes Object der Verhandlungen bilden. Ist man auch auf freihändlerischer Seite geneigt, einige Concessionen zu machen, so wird doch die Höhe der Zoll- und Steuerzölle, namentlich auf Tabak, in einem Maße beschränkt werden, welches die Regierung kaum als eine Compromißmaßnahme gelten lassen wird. Dann mag allerdings der Fall eintreten, der jetzt von Neum in der Umgebung des Reichsansehers betont wird, daß man die Ablehnung der gegenwärtigen Tabaksteuer vorläufig nicht bedauert, weil die Consequenzen unwiderruflich zum Tabakmonopol hinbrängen. In Betreff des Kaffeezölles wird die Opposition der Freihändler nicht minder entschieden sein, als gegen die Besteuerung des Petroleum, des Bieres und des Weins. Nachsichtiger wird man sich wahrscheinlich in Bezug auf die Ueberführung der Eisen- und Stahlzölle verhalten, obwohl auch diese zum Gegenstand der Compromißverhandlungen gemacht werden sollen. Die Schutzgölle stellen nämlich die Lage der Freihändler gegenüber den Eisenzölle als eine völlig reumüthige dar und meinen, daß sie in den vergangenen Jahren gemachten Fehler nur mit einer unbedingten Zustimmung zu allen Forderungen der Eisenzölle wieder gut gemacht werden könnten. So eilig haben es die Freihändler denn doch nicht; auch sie werden ihre Bedingungen stellen. Gegen die gemäßigten Schutzgölle der Freihändler keine Eisenzölle, den Eisenzölle sind ohnehin die Getreide- und Viehzölle ein Gegenstand schwerer Sorge geworden. Sie möchten, bevor der neue Zolltarif, welcher doch erst nach Ablauf des verlängerten österreichischen Handelsvertrages in Kraft treten könnte, Geltung erlangt, die Eisen- und Stahlzölle wieder eingeführt sehen. Die Regierung soll sich diesem Wunsche jenseits, gegen dessen Ausführung Oesterreich übrigens Nichts einwenden könnte.

Die zahlreichen Kleinmeister und Arbeiter in den verschiedenen Artikeln der Confectionsbranche, die in vielen Millionen von Werthen für den Export arbeiten, sehen sich veranlaßt, wegen der beabsichtigten Einführung eines Zölles auf Halbfabrikate und Fabrikationsmaterialien ein Immediatgesuch an den Kaiser zu richten. Es sind zu diesem Behufe während der Osterferien zwei vorbereitende Versammlungen abgehalten worden, deren Beschlüsse jedoch bis zur Stunde noch nicht zur Publication reis sind. Soviel ist gewiß, daß sich die Petenten von der Ueberzeugung einer Position an den Reichstag kaum einen unmittelbaren Erfolg versprechen, weil die Zeit offenbar zu kurz ist, als daß das umfassende Material, welches sie dem Abgeordneten zu liefern im Stande sind, von diesen noch vorbereitet werden könnte. Allerdings nehmen die Kleinmeister an, daß es ihnen vielleicht gelingen werde, das Bittgesuch mittelst einer Deputation Sr. Majestät dem Kaiser überreichen zu dürfen. Ob dieses Vorhaben aber zum Ziele führen dürfte, muß vorläufig eine offene Frage bleiben. Haben doch selbst die Vorhaltungen der Bundesregierungen über den rapiden Damp, den die Zollangelegenheiten auf legislativem Gebiete genommen, bisher nichts Anderes, als das Erklären der politischen und des mit der Wirtschaftsprüfung sich beschäftigenden Publicums hervorgerufen. Den Eindruck, welcher in dieser Beziehung die veröffentlichte Remonstration der obdenburgischen Regierung gegen die Beschlüsse des Bundesraths productirt hat, war hier um so lebhafter, als man in Erfahrung gebracht, daß auch andere Bundesbevollmächtigte in der entscheidenden Sitzung majoritirt worden sind und gegen das Verfahren sowie gegen die Beschlüsse des Bundesraths Protest eingelegt haben. Allerdings wird man erwarten müssen, ob die betreffenden Regierungen ihren Widerstand nicht bloß bei dem Protokolle werden lassen, sondern auch im Reichstage ihre Bevollmächtigten eine wahrhaft oppositionelle Stellung einnehmen lassen und diese durch Erklärungen vom Bundesrathliche documentiren werden.

### Literatur.

Für die dem deutschen Volke bevorstehende Jubelfeier der goldenen Hochzeit unseres geliebten Kaiserpaars erscheint allnächtlich ein Jubelfestspiel für Volksschulen, bestehend aus Declamation und Gesang. Dasselbe hat die Bestimmung, zur Verherrlichung des genannten Ehrentages öffentl. aufzuführen zu werden, um neben Erweckung patriotischer Gefühle zugleich auch — falls ein kleines Entree erhoben wird — Mittel und Aufschüsse für milde Stiftungen aller Art (Widwen- und Waisencassen), Ueberrückungen und Pensionen zu gewinnen. Das Schriftchen führt den Titel: Goldne Kaiserhochzeitsspiele. Der Inhalt des Festspiels ist wenig vollständig und überall brauchbar. Gegen Briefmarken 1.90 M ist Lehrer- und Schülerheft complet zu beziehen durch den Verleger G. Henninger, Reutthal bei Coburg. Uebersetzt von Dr. M. W. Der Name des Autors, der die beliebten patriotischen Gaben: Kaiserfest, Sieges- und Friedensfest, Jahrestag, verdrängt hat, bürgt für eine erhebende Wirkung des neuen Dms. Wir machen die Herren Lehrer auf diese Novität aufmerksam, sie wird Vielen eine willkommene Gabe sein. Dr. M. W.

Das ganabarthe Werk im Buchhandel ist momentan unstrittig „O. Poppe's neue Buchführung“. In allen Lianen wird die hier behandelte neue Methode, die wunderbare Lehrmethode, das treffliche Buchführungs-system gepriesen. Alle Fachautoritäten sind darin einig, daß der Verleger sich für große und Verstand verdient gemacht hat, denn wer wollte noch im Trüben arbeiten, wenn er bei so geringem Reitaufwand zu jeder Minute den ganzen Stand des Geschäftes in untrüglicher Controlle übersehen kann und welcher Lernende wollte noch die Sünde von Buchführung und lange Curie durchgehen, um das zu suchen, was ihm hier in wenig Seiten klar wird? Das Buch ist ein Kind unserer fortgeschrittenen Zeit und wer nicht mit der Fortschritt, verachtet sein Wohl. (Verlag von Richard Dahn, Postplatz 14. Preis 1.50 Mark.)